

Halle'sches Tageblatt.



Erste Ausgabe täglich Nachmittags
mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage.

Abonnementspreis
vierteljährlich für Halle 2 Mark,
und durch die Post bezogen
2 50 Mark.

Annahmsstellen von Inseraten bei: **E. Dübendorff**, Buchhandlung Rammelfstraße 10. **August Peter**, Kaufmann, Königstraße 20. **W. Aug. Reichardt jun.**, Kaufmann
Giebichenstein, Burgstraße 50.

Insertionspreis
für die 5. Spaltenne Corpus-
Zeile oder deren Raum 15 Pf.

Reclamen
vor dem Tagesanbruch die drei-
spaltige Corpusspalte oder deren
Raum 20 Pf.

Antiliches Verordnungsblatt für die Stadt Halle.

Telephon-Anschluß Nr. 289. — Zeitungspreisliste Nr. 2678.

Nr. 84

Freitag, den 8. April 1892.

93. Jahrgang.

Die verschobene Debatte.

Herr von Rauchhaupt hatte das Abgeordnetenhaus während der diesmaligen Session bis zu der Kritik des Volksschulgesetzes nicht mit seiner Gegenwart bedeckt; er schmolte wegen des Fiascos, das er mit seiner Parteiführung im vorigen Jahre bei den Verhandlungen über die Landgemeindeordnung erfahren hatte. Aber kaum ist er wieder erschienen, so knüpft an das fröhliche Ende der damaligen Antiquie der fröhliche Anfang einer neuen sich an — fröhlich allerdings gelten wie im vorigen Jahre nur für die Zuschauer außerhalb der konservativen Partei. Herr von Rauchhaupt hält sich für einen Ausbund politischer Verschlagenheit; aber die Zettelungen, welche er in dieser unrichtigen Beurteilung seiner Verschlagenheit unternimmt, sind regelmäßig von so lächerlicher Ungeschicklichkeit, daß jedermann sie auf den ersten Blick durchschaut und daß sie sofort platt zu Boden fallen. Im vorigen Jahre bei der Landgemeindeordnung haben seine politischen Freunde schauernd und die übrigen Parteien in heiterem Staunen es erlebt. Wie er gestern sich einbilden konnte, man würde es sich gefallen lassen, daß er die Verantwortung über die Verschiebung der Debatte bis nach Ostern entwirft, er werde im Lande den Glauben hervorbringen können, daß die Konservativen sich nur der Wünsche anderer Parteien gefügt — das würde unverständlich sein, wenn man nicht eben wüßte, daß die Regierung zur Antiquie bei Herrn von Rauchhaupt nur durch seine Ungeschicklichkeit überführt wird.

Auch wenn die Vorgesichte des gestern nur auf Erlassen des „Senators-Konvents“ von Herrn Hohrecht, als dem ältesten Mitgliede desselben, gestellten Antrages auf Ablegung des Nachttraktates von der Tagesordnung es nicht angehe, so könnte doch Niemand bezweifeln, daß allein die Konservativen ein dringendes Interesse an dieser Vertagung der Debatte über das Scheitern des Volksschulgesetzes und über die Ministerkritik hatten. Neben ihnen hätten ein gewisses Interesse daran noch ihre Genossen im Bethe, die Ministerialen; und so machte ja auch Herr von Heremann, nachdem Herr Hohrecht den Antrag des „Senators-Konvents“ lediglich mit äußerlichen Umständen begründet hatte, gestern den Anfang mit der überflüssigen, aber einem Mißverständniß leicht unterliegenden Erklärung, er und seine politischen Freunde wären bereit gewesen, ihren gestern zu diskutiren — als ob sie halb wider ihren Willen durch Andere davon abgehalten würden. Es wäre für das Centrum, welches sich bis zu der Kritik als unbedingte Regierungspartei benommen hatte, immerhin ziemlich un bequem gewesen, eine neue Position zu markiren. Zudem sehr viel schwieriger war natürlich die Stellung der Konservativen. Selbst viele von jenigen Mitgliedern der Partei, deren Herz auf der Seite des feindlichen Entwurfes war, haben

nachdem die Krone und die Regierung ihn fallen lassen, seine Meinung, sich als die Catone zu erweisen, die zu der unterlegenen Sache halten; vollends die Anderen, welche schwere Bedenken gegen den Entwurf hatten und nur aus Parteibisziplin während der Verhandlungen darüber schwiegen, denken nicht daran, jetzt nachträglich in das Horn der Herren von Bethe und Gemässen zu stoßen. Zu diesen latenten Gelegenheiten in der Fraktion des Abgeordnetenhauses kommt der joben in hellen Flammen ausgebrochene Zwist in der Gesamtpartei der Konservativen, wie er durch die neueste Erklärung des Herrn von Helfdorf und die Beschlüsse des „Kon. Wochenblattes“, für das er ausdrücklich die politische Verantwortlichkeit übernommen, gegen die „Kreuzzeitung“-Politiker konstatirt ist. Und da unternimmt Herr von Rauchhaupt, nachdem hinter den Coulissen die Vertagung von konservativ-kerlischer Seite angeregt worden, glauben zu machen, daß er und die Seinen bloß der Abiegung von der Tagesordnung „nicht widersprechen“, daß sie nur „den Wunsch der übrigen Parteien Rechnung tragen“. Sie haben ja mit dem Centrum die Mehrheit im Abgeordnetenhaus, und lobald sie erklärt hätten, daß sie die Vertagung nicht wünschten, hätten auch alle Liberalen die Vertagung gestimmt; warum fährten sie also die „große politische Debatte“ nicht hierbei? Weil sie gute Gründe haben, sie zu furchen.

Wir haben unerreicht diese Debatte für gestern gar nicht erwartet; die Abiegung der Mehrheit des Hauses dagegen war schon seit mehreren Tagen bekannt. Wir haben gegen die Verschiebung bis nach Ostern auch nichts einzunwenden, weil dann, nachdem die Herren Graf Eulenburg und Hoffe in ihren einigermaßen improvisirten neuen Stellungnahmen ein wenig warm geworden, eher von ihnen sachlich bedeutungsvolle Erklärungen zu erwarten sind, als jetzt. Und nur Ausschüsse dieser beiden Herren über die Meinung, welche sie von ihren Aufgaben haben, könnten doch der „großen Debatte“ politische Bedeutung geben. Ueber die Trennung der Minister des Reichskanzlers und des preussischen Ministerpräsidenten hat man sich bereits im Reichstag unterhalten, und man wird im Abgeordnetenhaus schwerlich zu einem anderen Resultat gelangen, als zu dem der Reichstags-Debatte: daß das Ergebnis des Versuches abgewarten werden muß. Dagegen kann man von dem Grafen Eulenburg einigen Aufschluß darüber erwarten, wie er sich die Thätigkeit eines preussischen Ministerpräsidenten ohne Portefeuille, der nicht zugleich Reichskanzler ist, denkt. Den äußeren Anstoß zu einer darauf gerichteten Frage bietet die Forderung einer Verbesserung für dieses Amt; aber der neue Ministerpräsident wird wohl ohnehin die politische Berechtigung des Bundes, darüber Auskunft zu erhalten, anerkennen, viellecht sogar selbst das Bedürfnis empfinden, sich darüber auszusprechen. Wir haben im Gegenitz zu einer etwas schablonenhaften Beurteilung, welche von vornherein jede Bedeutung dieses Ministerpräsidenten-Amtes in Abrede stellt,

die Möglichkeit, daß es solche erlangen könne, zugegeben aber hier kommt Alles auf die Absicht an, mit der seitens der Krone, des Ministerpräsidenten selbst und seiner Kollegen auf die neue Erklärung eingegangen worden. Ebenso gespannt darf man auf bestimmtere Erklärungen des Herrn Dr. Hoffe, als er sie im Herrenhause gegeben, über den Geist sein, in dem er das Kultus- und Unterrichtsministerium zu verwalten gedenkt, beispielsweise darüber, ob er, etwa in der nächsten Session, an die gesetzliche Regelung der ängeren Verhältnisse der Volksschule und ihrer Lehrer gehen will, nachdem ein umfassendes Volksschulgesetz bis zu einer durchgreifenden Aenderung der inneren politischen Lage unmöglich geworden. Eine solche ist frühestens durch die nächsten Wahlen zum Abgeordnetenhaus zu erwarten. N. Z.

Allerlei Gerüchte.

Eine wahre Hochfluth von Gerüchten ist über uns hereingebrochen. Mit der gestern erfolgten formellen Entscheidung über den böhmischen Ausgleich sind alle Schleusen der Kombinationen geöffnet worden, und nun schwirren gewagte Nachrichten und lächer Prophezeiungen in buntesten Durcheinander überall umher. Derlei ist immer ein Produkt und zugleich ein Produkt unflatter Verhältnisse, und darum ist davon Nichts genommen. Wir bezeichnen im Nachstehenden die markantesten der verbreiteten Gerüchte, können aber für keines derselben irgend eine Gewähr übernehmen.

Vom Ministerpräsidenten Grafen Taaffe wird erzählt, daß er nach dem Scheitern des Ausgleichsvertrages sein Portefeuille dem Kaiser zur Verfügung gestellt habe. Das Anerbieten sei jedoch vom Monarchen ebenso entschieden wie in einer für den Kaiserlichen äußerlich schmeichelhaftesten Form abgelehnt worden. Das Vertrauen des Kaisers zum Grafen Taaffe sei unverändert, so fest und unerschütterlich wie nur je zuvor. Von einem Kabinetswechsel könne demnach jetzt allerdings keine Rede sein. Dagegen wäre es nicht unmöglich, daß Graf Ribenburg, der bekanntlich erst seit wenigen Monaten als Vertrauensmann der Deutschen dem Ministerium angehört, in nicht fernere Zeit aus dem letzteren wieder austreten würde. Nicht daß Graf Taaffe ihn dazu veranlassen wollte, sondern im deutschen Lager selbst wollen, wie man behauptet, Einflüsse sich geltend machen, welche auf den „freiwilligen“ Rücktritt des Grafen Ribenburg abzielen. Man sagt geradezu, es seien Deutsche, die ihren „Bundesanminister“ aus dem Kabinete Taaffe wieder „hinausdrängen“ wollten. Welche Bewandniß es damit hat, läßt sich zur Zeit nicht genau feststellen. Des Weiteren erzählt man, es sei bereits feststehende Thatsache, daß der Staatskanzler von Böhmen, Graf Thun,

8]

Albert.

Von Graf Leo Tolstoi.

Albert entgegnete ihm etwas in heiligen, murrendem Tone. Delessow stand auf und ging mit dem Lichte in das Vorzimmer. Sachar hatte sich im Nachtschlaf vor der Thür postirt, welche in den Flur hinausführte, während Albert im Mantel und Hut vor ihm stand, ihn von der Thür fortzuschoben suchte und in weinerlichem Tone auf ihn losgrüete:

„Sie dürfen nicht hier nicht festhalten! Mein Paß ist in Ordnung, ich habe Ihnen nichts gestohlen, Sie können mich untersuchen. Zum Polizeimeister werde ich gehen!“

„Erlauben Sie, Dimitri Iwanowitsch“, wandte sich Sachar an seinen Herrn, ohne seinen Posten vor der Thür zu verlassen, „si sind in der Nacht angekommen, haben den Schlüssel aus meiner Rocktasche genommen und eine ganze Flasche süßen Likürens ausgetrunken. Ich das etwa hübsch? Und jetzt wollen Sie fortgehen? Sie haben besohlen, daß ich sie nicht weglassen soll, darum thue ich's auch nicht.“

Als Albert Delessow verließ, begann er noch heftiger auf Sachar einzudringen.

„Niemand darf mich festhalten, niemand hat das Recht dazu!“ schrie er immer lauter.

„Sch! fort, Sachar“, sagte Delessow. „Ich will und kann Sie nicht festhalten, doch möchte ich Ihnen rathen, bis morgen zu bleiben, si zu Albert gehen darf fort. Niemand darf mich festhalten! Ich werde zum Polizeimeister gehen!“ rief Albert immer lauter und lauter, indem er sich lediglich an Sachar wandte und Delessows Blick ängstlich vermied. „Geda, Wache!“ schrie er plötzlich aus vollem Halse.

„Aber was schreien Sie denn so? Man hält Sie ja nicht, verkehre Sachar, indem er ihm die Thür öffnete. Albert hörte auf zu rufen.“

„Ja, es ist Ihnen nicht gelungen! Zu Tode quälen wollten Sie mich! Nein, das wollen wir nicht dulden“, brummte er für sich, indem er die Gabeln anjog. Ohne Absehen zu nehmen und indem er beständig unverständliches Zeug vor sich hinmurmelte, ging er zur Thür hinaus. Sachar leuchtete ihm bis zum Thore und lehrte darauf zurück.

„Gott sei Dank, daß er fort ist, Dimitri Iwanowitsch“, sagte er zu seinem Herrn. „Es fehlte nicht viel, und die Sünde war da... Das Silberzeug wäre verschwunden...“

Delessow schüttelte nur den Kopf ohne etwas zu erwidern. Er gedachte lebhaft der beiden ersten Abende, die er in Gesellschaft des Musikanten gebracht hatte und des Sonderbaren, aus Liebe, Mitleid und Bewunderung gemischten Gesühles, welches dieser seltsame Mensch vom ersten Augenblick an in ihm erweckt hatte. Er hatte es mit Albert wirklich gut gemeint — aber statt ihn zu retten und zu beglücken, hatte er ihm nichts weiter verschafft, als ein paar schwere, unqualvolle Tage.

„Was wird nun mit ihm geschieden?“ dachte er. „Ohne Geld, ohne warme Kleider, mitten in der Nacht allein auf der Straße...“ Er war nahe daran, Sachar hinter dem Beige herzuholen und ihn zurückholen zu lassen, doch war es schon zu spät.

„It es draußen kalt?“ sagte Delessow.

„Ein kältiger Frost, Dimitri Iwanowitsch“, antwortete Sachar. „Ich vermag, Ihnen zu melden, daß wir bis zum Frühjahre noch Holz laufen müssen.“

„Wie, schon wieder? Und Du sagtest doch, es würde noch welches übrig bleiben!“

VII.

Draußen war es in der That recht kalt, Albert hätte die Kälte nicht, so erhitzt war er durch den Streit und durch den ausgetrunkenen Brannwein.

Er trat auf die Straße hinaus, schaute sich um und rieb sich vergnügt die Hände. Auf der Straße war es leer und öde, die lange Reihe von Laternen strahlte ihr röthliches Licht aus, der Himmel war klar und sternhell. „Nun bin ich doch heraus, lehr ich“, murmelte er selbstzufrieden, nach dem erleuchteten Fenster in Delessows Wohnung gewandt, und indem er die Hände unter dem Mantel in die Hosentaschen steckte und sich nach vorn überbeugte, lenkte er mit schleppenden unsicheren Schritten nach rechts in die Straßen ein. In den Beinen und im Magen fühlte er eine ungenießliche Schwere sein Kopf warf ihn von einer Seite auf die andere. Er aber ging immer vorwärts, in der Richtung, in welcher das Ballkollat Anna Iwanowna's lag. Sonderbare, unklare Gedanken zuckten durch sein Hirn. Jetzt fiel ihm sein Streit mit Sachar ein, dann gedachte er auf einmal des Meeres, seiner Fahrt auf dem Dampfer und seiner Anankst in Rußland; dann fiel ihm beim Anblick eines Wirthshauses eine glückliche Nacht ein, die er mit einem Freunde in demselben verbracht hatte. Auf einmal lümmte ihm ein bekanntes Motiv in den Ohren, die Gestalt seiner Angebeteten tauchte vor seiner Seele auf und er gedachte jener lächerlichen Nacht im Theater, in der es ihm zum Bewußtsein gekommen, daß in seinem Kopf nicht alles in Ordnung sei. Zusammenhänglos reifte sich eine Vorstellung an die andere und so klar und deutlich sah er alles, daß Einbildung und Wirklichkeit sich für ihn zu einem einzigen Empfinden vermischten. Unbewußt holperte und schwannte er vorwärts, ließ mit den Schuhaltern an die Häusermauern an, blickte starr vor sich hin und merkte

kommen und hat nach Uebergabe der ostaatlichen Post an den nach Brindisi bestimmten Reichspostdampfer „Danzig“ die Reise nach Genua fortgesetzt. Der Reichspostdampfer „Danzig“ ist am 3. April 6 Uhr Abends mit der ostaatlichen Post vom Reichspostdampfer „Kadav“ von Port Said nach Brindisi abgegangen. Der Reichspostdampfer „Stuttin“ ist am 3. April 3 Uhr Morgens mit der australischen Post vom Reichspostdampfer „Hohenhausen“ von Port Said in Brindisi angekommen. Der Reichspostdampfer „Vatien“ hat am 3. April 11 Uhr Vormittags die Kette von Sontampton nach Genua fortgesetzt. Der Postdampfer „Kronprinz Friedrich Wilhelm“ hat am 3. April 1 Uhr Nachmittags die Kette von Rio nach Antwerpen fortgesetzt. Der Postdampfer „Ost“ von La Plata kommt, ist am 4. April 11 Uhr Vormittags auf der Welser angekommen. Der Schnelldampfer „Uler“ ist heute früh vier Uhr, von Newyork kommend, auf der Welser eingetroffen.

Schweiz.

Bern, 5. April. Generalkonsul Landet in Madrid und Generalkonsul Morel vom Internationalen Bureau für gewerbliches Eigentum werden vom Bundesrat als Abgeordnete für den 15. April in Madrid unter den beteiligten Regierungen stiftenden Austausch der Ratifikationen der Protokolle betreffend die Internationale Union zum Schutze des gewerblichen Eigentums beauftragt. — Der schweizerische Gesandte in Washington, de Claparde, wird die Schweiz bei der Feier anlässlich der Eröffnung der Weltausstellung in Chicago vertreten.

Desterreich-Ungarn.

Zara, 5. April. Der dalmatinische Sanität ist nach Ceteroging für die selbst bestimmten Arbeiten geschlossen worden.

Wien, 5. April. Herzog Karl Theodor in Venedig ist heute mit seiner Familie hier angekommen und wird seine Thätigkeit als Augenarzt für mehrere Wochen wieder hier ausüben.

Belgien.

Brüssel, 5. April. Die Vertreter der radikalsten und der gemäßigten Kräfte der Wählervereine verständigten sich über zwei Listen für die Sunlagen unter Vorbehalt der Zustimmung der Vereine. Eine gleichmäßige Zählung ist beschlossen.

Spanien.

Madrid, 5. April. Bei den gestern im Anarchisten-Klub vorgenommenen Verhandlungen wurden zahlreiche compromittierende Schriftstücke mit Beschlag belegt und gegen zwölf Personen verfaßt. In Barcelona fanden ebenfalls Verhaftungen von Anarchisten statt. Aus Granada wird gemeldet, daß die Gefangenen im Gefängnis sich empörten, so daß die Gendarmen einschritten und von der Feuerwaffe Gebrauch machen mußte. Ein Gefangener wurde getödtet, zwei andere wurden verwundet.

Rußland.

Petersburg, 5. April. Die Russen möchten eschäftlich gern an eine fortschreitende Besserung der deutsch-russischen Beziehungen glauben, trauen jedoch noch nicht recht der im Umlauf gesetzten Nachricht, daß die deutsche Diplomatie beabsichtigt, zum alten Kurs zurückzukehren. Nowoje Wremja meint das beste Unterland des Friedens in der jetzigen inneren Lage Deutschlands sehen zu können, die Deutschland verlohne, die Rolle zu spielen, für welche Bismarck es systematisch vorbereitet habe.

Petersburg, 5. April. Der „Regierungsbote“ veröffentlicht die Ernennung des bisherigen Direktors der Petersburg - Warlsruher Eisenbahn Samarlow zum interimistischen Direktor des Eisenbahn-Departements im Verkehrsministerium.

Türkei.

Konstantinopel, 5. April. Vor einigen Monaten wurde Dr. B. Dlak, ein durch tüchtige Arbeiten in Sagtes Archiv für klassische Philologie bekannter junger Gelehrter, von der Wiener Akademie nach Macedonien geschickt, um dort Dialektstudien zu machen. Auf einem seiner Ausflüge in die Umgebung von Saloniki wurde er am 18. Februar in Bardaraj von einigen Bauern von der türkischen Gendarmerie gefangen genommen und nach Saloniki gebracht. Am folgenden Tage wurde er, nachdem seine österreichische Staatsangehörigkeit festgestellt war, in Freiheit gesetzt und kehrte in seine Heimat zurück. Soweit ich dieses Vorworfmann bekannt; aber die Sache hat damit noch nicht ihr Ende erreicht. Die Bauern sowie einige Herren aus Saloniki, R. Samardjew und N. Raszew, mit denen Dr. Dlak verkehrt hatte, wurden in Haft genommen und sind bis heute noch nicht entlassen, obgleich nichts Befestendes gegen sie vorliegt. Bei der Hausdurchsuchung fand man bei Raszew die Geselichte der Bulgaren von Wobischew, die er von Samardjew gekauft hatte. Nun steht zwar der türkischen Regierung das Recht zu, Wähler zu confiscieren, nicht aber die Verfolger (sonstige zu bestrafen. Da nun die Verhafteten türkische Untertanen sind, wird sich kein Consul um sie kümmern, Monate und Jahre drehen sie im Gefängnis, ihre Familien werden dem Elend preisgegeben, bis sie vielleicht bei Anlauf eines neuen Walf mit einer nicht-sagenben Entscheidung entlassen werden. Zu verwundern ist nur, daß das österreichische Consulat sich der armen Leute nicht annimmt, deren Verbrechen darin besteht, einem österreichischen Untertan bei seinen wissenschaftlichen Forschungen behilflich gewesen zu sein; denn daß Dr. Dlak kein russischer oder bulgarischer Agent gewesen ist, wie von gerichtlicher Seite der türkischen Behörde vorgelegt wurde, ist außer Zweifel. Freilich

geht die Partei der Phanarioten, aus höchster Erhoffung durch ihre Mißerfolge in Macedonien, in der letzten Zeit vor keinem Mittel zurückzureden, um zu verhindern, daß das nationale Bewußtsein der Bevölkerung durch irgend etwas, und sei es auch nur durch Forschungsreisen, die die Sprache aufschreiben, gehoben werde. Es wäre sehr zu wünschen, daß auf Betreiben des österreichischen Consulats die behauerntwertigen Opfer der Verleumdung recht bald ihre Freiheit wiedergewinnen.

Serbien.

Belgrad, 5. April. Es ist zur Thatfache geworden, daß die türkisch-serbischen Beziehungen in letzter Zeit wesentlich freundlicher geworden sind, was dem serbischen Gesandten in Konstantinopel Sava Grutick als Verdienst zufällt. Nach den Nachrichten, die aus Albanien, Makedonien und Mithras einlaufen, ist die türkische Regierung überzeugt, daß Serbien keinerlei Propaganda in jenen Gebieten betreibt, und daß die diesbezüglichen Verdächtigungen, welche bulgarischerseits gegen Serbien bei der hohen Pforte erhoben wurden, in den Thatfachen keineswegs begründet sind.

Griechenland.

Athen, 4. April. Die seit Wochen in Thessalien überhandnehmenden Verbrechen erregen die Aufmerksamkeit der amtlichen Kreise in hohem Grade. Raub, Einbruchsdiebstahl und Entführungen sind auf der Tagesordnung und wiewohl verhärtet wird, daß diese Verbrechen weniger von organisierten Räuberbanden, als vielmehr von den zahlreichen, wegen einer Strafe sich entziehenden verurteilten Verbrechen begangen werden, erhebt doch die Lage in jener Provinz als bedrohlich. Die Verbrechen durchziehen in neuerer Zeit beinahe das Land und verbreiten überall Schrecken. Am meisten Aufsehen hat die vor einigen Tagen erfolgte Entführung eines reichen Gutsherrn in der Nähe von Malanta erregt, für dessen Freigebung die Entführer mehrere Tausend Drachmen Lösegeld forderten. Mehrere Untersuchungsrichter durchstreifen an der Spitze von Truppenabteilungen das Land und ein Kriegsschiff wird an die thessalische Küste beordert werden, um das Entweichen von verfolgten Verbrechen an dem Seewege zu verhindern. Man verfährt sogar, daß die Regierung daran gedacht habe, das sogenannte Räuberzeugel vom Jahre 1871, durch welches damals der argen Räuberplage ein kurzzeitiges Ende gemacht worden war, wieder in Anwendung zu bringen.

Preussischer Sanität.

Abgeordnetenhans.

48. Sitzung am 6. April.

Tagesordnung: Gesetzentwurf über die kommunale Anstellung der Militär-Ämter, kleinere Vorlagen.
Präsident von Köller eröffnet die Sitzung um 12 1/2 Uhr. Der Bericht zwischen Bremen und Bremen wegen Erweiterung des Bremerischen Staatsgebiets nördlich von Bremerhaven wird in erster und zweiter Beratung ohne Debatte genehmigt.

Zu dem Gesetzentwurf betreffend die Abänderung wegen polizeilicher Vorschriften für die Krönung Schleswig-Holstein, bemerkt

Abg. Hanen (H.): Das Gesetz bezweckt eine Ausdehnung der vorangehenden Vorschriften von 1885 auf die Provinzen I. und II. Klasse. Das Herrenhaus habe gegen die Vorlage keine Bedenken geäußert, doch sei auf eine Anfrage aus jenem Hause, warum die Regierung den Weg des Gesetzes beschritten und die Ordnung der Materie nicht den Verfügungen des Oberpräsidenten überlassen habe, keine Antwort erhalten worden. Redner meine an, die jetzt vorgeschlagene Regelung sei mit Rücksicht darauf angebracht, daß man 1885 bereits für die Hauptstädte den Weg des Gesetzes gewählt habe.

Diese Auffassung wird vom Regierungsrath als zutreffend bezeichnet, und der Gesetzentwurf in erster und zweiter Beratung angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzes, betreffend die Regelung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen in der Verwaltung der Kommunal-Verände mit Militär-Ämtern.

Abg. Schröder (Wolke) hält die Ausdehnung der Vorlage auf die Landgemeinden für bedenklich und hofft eine Aenderung in der Kommission-Vorlegung.

Abg. Barth (H.): Prinzipielle Bedenken gegen das Gesetz haben wir nicht. Neue Stellen sollen nicht geschaffen werden, sonst würde ich allerdings Bedenken haben, nachdem ich gesehen habe, wie nach Einführung der Unteroffiziersprämie von 1000 M. schon jetzt ein Mangel an Subaltern- und Landgemeinden eingetreten ist. Der eigentliche Zweck des Gesetzes ist eine stärkere Kontrolle darüber, daß die gesetzlichen Bestimmungen wirklich beobachtet werden, und diese Absicht ist nur mit Beifall zu begrüßen. Es können aber mannigfache Zweifel entstehen, z. B. ob die Verwaltungen in der Provinzialverwaltung nach wie vor auch mit höheren pensivierten Beamten ohne Grundverpflichtung besetzt werden können. Die in Betracht kommenden Militärämter setzen sich aus vier Klassen zusammen. Die erste Klasse bilden die Beamten mit rein militärischer Hilfsleistung, wie Warten und Kassellane, zweitens die Kassisten, drittens die weiteren Subalternbeamten und endlich diejenigen, die technische Kenntnisse haben müssen und über deren Anstellung der Oberpräsident entscheidet. Was die zweite Kategorie betrifft, so hat die Fiktion des Herrn Ministers im anderen Hause beruhigt, daß die Beamten nach wie vor aus der Schreibartikularer genommen werden können. Die dritte Klasse soll nach dem Verordnungsbeschluss von größeren Veränden auch mit den bediensteten verordneten Beamten besetzt werden können. Zweifelhaft ist nur, ob unter die vierte Klasse auch die Kreisassistenten-Sekretäre und Verwaltungsbeamten bei den größeren Veränden zu rechnen sind, die eine wissenschaftliche Vorbildung haben müssen. Sodann ist der Ausbruch „bedienstet“ im Gesetze nicht präzisirt, der anzunehmende muß doch nicht nur geistig, sondern auch körperlich befähigt sein, damit er nicht nur kurzer Zeit Unzulässig wird und pensionirt werden muß. Unter den Uebergangsbestimmungen wünschte ich auch eine solche aufgenommen zu sehen, die die Anstellung der bisher didaktisch befähigten Civilbeamten auch in Zukunft gestattet. Sodann muß ich noch eine Frage erheben, die sich wie ein roter Faden durch die Verhandlungen unter Gemeindefunktion zieht, nämlich die Anlegung der Militärdienstzeit bei der Pensionierung der Beamten. Die Kommunen können unmöglich gezwungen werden, die Pension für eine Zeit zu gewähren, in welcher der Beamte gar nicht in ihnen

Diensten war. In diesem Falle muß der Staat oder vielmehr das Reich eintreten, und ich bitte den Herrn Minister, diese Frage nicht aus dem Auge zu lassen.

Minister des Innern Herr v. B.: Aus dem was hier gesagt worden ist, folgt nicht die Notwendigkeit einer kommissionellen Beratung. Der erste Herr Vorredner hat die Ausdehnung des Militärämter-Gesetzes auf die Landgemeinden mont. Darin ist er vom folgenden Herrn Vorredner völlig widerlegt worden. Dagegen hat dieser hervorgehoben, es handle sich in der Vorlage um eine stärkere Kontrolle über die Verwaltung der Gemeinden, Militärämter anzustellen. Die Vorlage ändert aber an dem bisherigen Zustande nichts. Ihr Zweck geht dahin, wesentliche Erleichterungen für die Kommunen in Bezug auf die Anstellung von Zivilisten zu schaffen. Man kann nicht im Zweifel sein, wer als Militärämter zu bezeichnen ist, denn § 1 bräut dies aus. Was die Bemerkung der wissenschaftlichen Vorbereitung für einzelne Beamter betrifft, so erinnere ich an das, was im anderen Hause darüber gesagt ist. Diese Vorbildung muß vorhanden sein. Die Bedenken, die hier erhoben sind, können alle im Mienum erhoben werden. Im Herrenhaus ist von den Vertretern der Kommunen und Provinzialverbände hervorgehoben worden, daß die Vorlage als eine Erleichterung anzusehen ist, und ein Oberbürgermeister einer vom Volksethosengelei angehörl schwer betroffenen Stadt gut zuheißen, daß diese Vorlage ein Erlös darbringt. Was die Art und Weise der Pensionierung der Militärämter anlangt, so hat die Frage mit dem Gesetz nichts zu thun. Die sie im letzteren wieder Bedeutung, und in der nächsten Reichstags-Session wird dem Reichstage eine Vorlage darüber zugehen.

Abg. Herr v. Heeremann (Cent.): Ich erkenne an, daß für Militärverwaltung wichtig ist, die Militärämter zu verbessern. Aber ich möchte nicht, daß das Gesetz den Kommunen in dieser Beziehung größere Verpflichtungen auferlegt. Namentlich möchte ich nicht, daß kleinere Kommunen in die Lage kommen, Militärämter anstellen zu müssen, die mit den örtlichen Verhältnissen und Land und Leuten nicht vertraut sind. Der Herr Minister hat gesagt, es sei eine Erleichterung für die Gemeinden, daß sie nicht mehr alle Stellen mit Militärem besetzen müssen. Es geht aber eine Anzahl Stellen, die schon jetzt nicht von Militärämtern besetzt werden, weil sie zu gering dazur ist. Man müßte bei Ausdehnung einer Stelle gleich eine Präklusivfrist für Militärämter festsetzen können, nach deren Ablauf die Gemeinde die Stelle nach ihrem Ermessen besetzen darf. Man darf die Gemeinden bei allen möglichen Gelegenheiten für den Staat in Anspruch genommen werden, nicht in ihrer inneren Bewegungsfreiheit beschränken, und um diese zu sichern, wird es sich empfehlen, die Vorlage einer Kommission zu überweisen.

Abg. Herr v. B.: Die Städte haben durch ihre Vertreter in Herrenhaus die Vorlage freudig begrüßt. Meine politischen Freunde stehen der Vorlage in überwiegender Mehrheit sympathisch gegenüber, glauben aber, da man die Wirkung auf die Landgemeinden nicht übersehen kann, daß eine kommissionellen Beratung angezeigt ist.

Abg. Herr v. B.: Die Ausdehnung auf die Landgemeinden ist nur eine Gerechtigkeit. Wir stehen also der Vorlage prinzipiell nicht feindlich gegenüber. Als eine Gegenlage gegen das Volksethosengelei können wir die Vorlage aber nicht anheben. In objektiver Weise ist die Anstellungsfrist durch das Gesetz für die Kommunen eingeschränkt, ob aber das praktisch durchzuführen ist, erreicht wird, das wird in der Kommission, und zwar in der am 7. April die veränderten Gemeinde-Kommission, event. in einer besonderen Kommission vom 21. Mitglieder zu entscheiden sein.

Abg. Barth (H.): Ich schließe sich dem Vorredner an. Die Vorlage wird an eine besondere Kommission von 21 Mitglieder verwiesen.

Schluß 1 1/2 Uhr.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. Tagesordnung: Petitionen. Kleine Vorlagen.

Vermischtes.

Berlin. Der „Hefte Bruder“ kehrt bei dem Nachholposten in der Wannegasse niedergelassene Arbeiter Franz Brandt nach alle dem, was inzwischen von ihm bekannt worden ist, auch nicht gewillt zu sein. Er wohnt, wie auch sein Bruder Paul, der gleichfalls bei der Schiedsfrage befreit ist, wurden seit dem 29. Februar d. J. mit Erbschaften im Kreptow ein besetztes, wohin die Stadt Berlin 800 Mann der „Arbeitslosen“ beordert hatte. Am Donnerstag, den 3. März, eignete sich Franz Brandt gegen Feierabend einen sogenannten Schanzford widerrechtlich an, wie solche dazu dienen, Bäume vor Beschädigungen zu bewahren. Hiermit im Schlesischen Wäldchen angetroffen, trat der königliche Wäldforst-Dyallakt ihm entgegen, um ihm den Forst abzunehmen. Brandt, welcher mit einem Knieel und Spanien bewaffnet war, widerlegte sich dem Beamten und drohte, ihn niederzuschlagen. In diesem kritischen Augenblick trat der Zimmermann Bock dem Aufstehenden mit den Worten entgegen: „Aber Axel, ichlag dich dem Mann nicht todt.“ Brandt wandte sich nun gegen Bock und beachtete ihn nicht, bis er beim Ausbruch der Faust, daß er beim Ausbruch auf den hartgesonnenen Erbroden stürzte. Schwerverletzt wurde Bock nach seiner Wohnung gebracht und verstarb in Folge der Mißhandlungen am 8. März. Es wurde Anzeige erstattet, und am 26. desselben Monats wurde vom Landgericht II die Verhaftung Brandts wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang beschlossen. Wie wir weiter hören, erstiegen am 18. d. M. etwa 200 Arbeiter mit einer roten Fahne in Kreptow, an deren Spitze Franz Brandt stand, welcher einen Rinderfädel umgehängt hatte und den Kommandeur spielte. Sin folgte ein Mann als Tambour-Major, welcher einen Pfeffer und einen Zuckerkorn kommandierte, der auf einen Blechschel schlug. Dielem Trupp, welcher von Friedrichshagen abmarschiert war, stellten sich in Kreptow sechs Gendarmen aus Nordorf entgegen, nahm fünf der Wäldforstführer fest und brachten sie nach dem Amtsgefängnis. Zwei weitere Gendarmen hielten den noch nicht gereinigten Trupp am Restaurant Jenner auf. Unter den Eingesperrten befand sich Franz Brandt. Kurze Zeit darauf erstiegen Paul Brandt auf dem Amt und verlangte die Herausgabe seines Bruders, welcher eben in Freiheit gesetzt wurde, nachdem der Obergerichter Schmidt, unter dessen Aufsicht die Arbeitslosen beschäftigt gewesen waren, ihn rekognoscirt hatte. Bei seiner Entlassung äußerte Brandt die Worte: „Wenn ich eingehert gegeben wäre, würde kein Stein hier auf dem andern geblieben sein.“ Aufser wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang hatte Brandt noch ein Konto wegen Verübung groben Unaths und Uebertretens der Staatsgewalt zu begleichen. Die „Arbeitslosen“ legten demnach im Kreptow Barz die Reichberger von Am 43 in Scene gelegt zu haben.

— **Ein bewaffneter Bettler** — das ist das Neue. In Reinickendorf bei Berlin wurde gestern ein Festschreiber angeht, der sein Weiter mit einem starken Aufwand von Taschengeld ausgeht hat. Bei der Durchsuchung des Mannes, der übrigens noch sehr reichlich auch noch ein Geldzerer mit dazu gehöriger Munition. Zum Glück seines Eigentums dürfte der Wiedermann die Schutzwaife wohl schicklich nötig gehabt haben; die Waife in den Händen des Stralochs erscheint daher nicht ganz zweifellos.

Für die Redaktion verantwortlich: I. V. R. Kieselmann.

